

Predigt

Er bete darum, dass dieser Kelch an seinem Bundesland vorübergehe, sagte kürzlich der Magdeburger Bischof Gerhard Feige im Blick auf die Landtagswahlen am 6. September und die Prognose, dass die AfD erstmals eine Landesregierung stellen könnte.

Und der Bischof betet nicht nur, sondern hat auch eine Kampagne gestartet unter dem Titel „Bewusst wählen.“ Damit will er aufmerksam machen auf Punkte, wo ein Wahlprogramm menschen- und demokratiefeindliche Züge trägt.

Die Reaktionen sind zunächst erwartbar, weil sie sich ständig wiederholen: Die Kirche solle erst einmal vor der eigenen Tür kehren und sich um Verhinderung sexuellen Missbrauchs kümmern. Außerdem müsse sich eine Kirche, für die der Staat die Kirchensteuer einzieht, politisch neutral verhalten.

Ja, die Kirche muss sich ihrer eigenen Themen stellen, gar keine Frage. Da gibt es noch viel zu tun. Zugleich darf auch einmal gesagt werden, dass wir schon viel getan haben in der Präventionsarbeit. Andere gesellschaftliche Akteure informieren sich gerne, wie die katholische Kirche dran geht, um eine Kulturveränderung und einen Bewusstseinswandel in vielen ihrer Handlungsfelder zu schaffen. Darauf stolz zu sein, wäre falsch, weil der Anlass für diese Bemühungen beschämend ist. Aber die Kirche muss sich nicht endlos diskreditieren lassen, sondern darf von dieser Basis aus am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen.

Die Kirche lässt den Staat die Kirchensteuer einziehen, und der Staat erhält für diese Dienstleistung auch eine angemessene Entschädigung. Man kann darüber diskutieren, ob der Staat das machen soll – das ist eine historisch gewachsene Sache. Die Kirche ist aber keine Almosenempfängerin des Staates und muss sich nicht durch parteipolitische Neutralität auszeichnen.

Ich vertrete den Standpunkt, dass die Kirche nicht jedes tagespolitische Geschäft zu kommentieren hat. Sie muss jedoch von ihren inhaltlichen Grundlagen her dort die Stimme erheben, wo grundlegende Menschenrechte in Gefahr sind. Ob jemand dann der Kirche Gehör schenkt und „bewusst wählen“ geht, wie es das Bistum Magdeburg anmahnt, ist eine persönliche Entscheidung. Die Kirche darf sich bewusst sein, dass sie nur eine Stimme unter vielen ist, die eine gesellschaftliche Debatte prägen – aber ihre Stimme darf an entscheidenden Punkten nicht fehlen.

Was aber sind entscheidende Punkte? Das leitet sich für mich aus der Bibel ab. Es geht nicht um den kleinteiligen Übertrag von religiösen Geboten in staatliches Recht, sondern darum, dass die großen Linien, die das Alte und das Neue Testament vorgeben, zur Sprache kommen.

Dazu gehört die Würde jedes einzelnen Menschen. Eine Würde, deren Unantastbarkeit das Grundgesetz festschreibt. Damit geht es nicht nur um eine religiös begründete Ideologie, sondern um etwas, was für die ganze Gesellschaft Konsens sein müsste – auch für jede Landesregierung, gleich welcher Partei sie entstammt.

Ein weiteres Thema ist der Umgang mit Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht aus eigener Kraft helfen können, und denen ohne fremde Hilfe die Würde abhandenkäme. Da geht es um Kinder, um Menschen mit Behinderungen, um Kranke, um Alte, um das noch nicht geborene Leben, um Asylsuchende. Dass ein Sozialstaat Grenzen hat und nicht überall das Maximum geleistet werden kann, liegt auf der Hand. Wo und wie der Staat hilft, muss demokratisch ausgehandelt werden. Die Untergrenze dieser Verhandlungen muss immer die Würde eines Menschen bleiben.

Und schließlich gehört auch die Frage dazu, wie international eine Gesellschaft geprägt sein darf. Diese Frage stellt sich eigentlich erst, seit es Ländergrenzen gibt. Vorher war es ziemlich egal, wer sich wo niederlässt, welche Hautfarbe ein Mensch hat usw.

Die biblischen Texte des heutigen Tages erzählen von einer Vision, die möglichst konkret werden soll: Im Buch Jesaja, im dritten Teil des prophetischen Werkes, ist davon die Rede, dass Menschen aller Herkunft zu Gottes heiligem Berg kommen dürfen. Eine Metapher dafür, dass Gott alle Menschen willkommen sind, nicht nur ausgewählte Volksgruppen (Jesaja 56,1-7).

Dass diese Vision noch längst keine gelebte Praxis war, zeigt sich im Evangelium, als Jesus zunächst einer Frau aus Kanaan die Hilfe verweigert – weil sie nicht zur eigenen religiösen Gruppe gehört. Doch die Frau argumentiert aus ihrem tiefen Glauben heraus klar und hilft dem Menschen Jesus, in dieser Sache noch dazuzulernen. Er kann schließlich verstehen, dass das Heilsangebot Gottes, das durch ihn greifbar wird, allen Menschen gilt.

Es sind grundlegende Einsichten für unseren Glauben. Aus christlicher Sicht ist es unsinnig, Menschen nach Nationalitäten oder Hautfarben oder Geschlechtern zu trennen. Es sind Menschen, die wir als Ebenbilder Gottes begreifen.

Mit dieser Grundlage beginnt dann die Realpolitik: Es gibt nun einmal die Nationalstaaten, es gibt begrenzte Kapazitäten der Integration und der Finanzierung. Es gibt den Auftrag des Staates, sich um die eigenen Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Ja, das alles. Doch es bleibt der unverhandelbare Auftrag, mit jedem anderen Menschen ebenfalls menschenwürdig umzugehen – selbst dann, wenn jemand keinen Anspruch auf Asyl hat, weil er in der eigenen Heimat sicher leben kann.

Teil der Realpolitik ist auch die Erkenntnis, dass manche Menschen mit ihrem kulturellen Hintergrund keinen Respekt haben für die Eigenheiten ihres Gastlandes, und dass einzelne deshalb zu Terroristen wurden. Das schafft Angst. Doch Terrorismus liegt nicht allein in Herkunft und Religion begründet: Wir kennen genauso Terrorismus aus politischen Gründen, sei es Rechtsextremismus oder Linksextremismus, Judenfeindlichkeit und Nazi-Ideologie. Das ist dennoch kein Anlass, alle Deutschen über einen Kamm zu scheren. Ebenso wenig darf das für Ausländer gelten.

Wer das Wahlprogramm der AfD von Sachsen-Anhalt liest und verstanden hat, findet darin tatsächlich viele krasse Ankündigungen. Wenn diese umgesetzt werden, wird die Würde vieler Menschen massiv angetastet und die Demokratie wird an vielen Stellen ausgehebelt. Darauf hinzuweisen, ist nicht mehr als recht.